

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW wollen wieder mehr Schulden machen
2. Parlamentsdebatte über Norddeutsche Zusammenarbeit
3. Studentenzahlen kein Anlass zu Aktionismus
4. Bildungsdebatte zu Gastschulabkommen und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft

22.02.2012

SPD, Grüne und SSW wollen wieder mehr Schulden machen Streit über richtigen Weg zum Abbau der Neuverschuldung

Der Entwurf der CDU-geführten Landesregierung für ein Gesetz zur detaillierten Umsetzung der Schuldenbremse brachte heute die Karten auf den Tisch: SPD, Grüne und SSW legten einen Alternativantrag vor, der eine höhere Neuverschuldung vorsieht. Nach Berechnungen von Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) würde dieser Alternativantrag bis 2020 zu zusätzlichen Schulden in Höhe von 1,8 Milliarden Euro führen. „Das würde allein im Jahr 2020 zusätzliche Zinsen in Höhe von 60 Millionen Euro bedeuten – das ist der Gegenwert von 1200 Lehrerstellen“, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch.

Fraktionschef Johannes Callsen hatte zuvor betont, die CDU-geführte Landesregierung habe Schleswig-Holstein beim Schuldenabbau einen Vorsprung von zweieinhalb Jahren auf dem Abbaupfad erarbeitet.

„Wir sparen dabei Zinsen ein, die wir bei weiteren Kürzungen in Anrechnung bringen können“, so Callsen.

Die Ausgaben 2011 seien gegenüber dem Vorjahr um 170 Millionen Euro reduziert worden. Allein die „Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit“ wurden um 45 Millionen Euro gekürzt. Der Anstieg der Personalausgaben konnte trotz Tarifsteigerungen auf 71 Mio. Euro begrenzt werden. „Dies ist uns gelungen, weil wir wie angekündigt 480 Stellen abgebaut haben“, so Callsen.

Die Forderungen der Opposition beinhalteten genau das Gegenteil. Allein die SPD stelle ungedeckte Schecks mit einem Volumen von 250 Mio. Euro aus. „Das sind wohlweislich nur diejenigen Forderungen, die sich konkret beziffern lassen. Bei vielem anderen bleiben Sie so vage und unkonkret, dass zwischen ein paar Tausend und ein paar Millionen Euro alles gemeint sein kann“, stellte Callsen heraus.

Nun wollten die Oppositionsfraktionen die Tür aufmachen für zusätzliche Schulden bis 2020 öffnen. „Sie haben nicht den Mut zu sagen wo Sie sparen wollen. Sie stellen sich einen Blankoscheck für noch höhere Schulden aus, um sich mit Ihren Wahlversprechen über den 6. Mai zu retten“, so der CDU-Fraktionschef. Dieser Schuldenerhöhungs-Blankoscheck zu Lasten

der nächsten Generation sei nichts anderes als Wählertäuschung.

Demgegenüber sage die CDU-geführte Landesregierung bereits heute ehrlich, wie es mit dem Schuldenabbau weiter gehen solle, betonte CDU-Finanzexperte Koch. Er verwies auf das Konsolidierungsprogramm (Umdruck 17/3211 vom 05. Dezember 2011), Seite 20 bis 23 sowie die tabellarischen Übersichten in den Anlagen 1 und 2.

Das Konsolidierungsprogramm finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/3200/umdruck-17-3211.pdf>



Tobias Koch, MdL

Parlamentsdebatte über Norddeutsche Zusammenarbeit

CDU fordert beständige Zusammenarbeit statt kurzfristiger Wahlkampfmanöver - Unterschiedliche Schlussfolgerungen aus Bericht der Enquête-Kommission

Durch den Bericht der Enquête-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ haben sich keine neuen konkreten Anhaltspunkte für Einspareffekte ergeben. Das ist das Fazit der CDU-Fraktion aus dem 400-seitigen Bericht. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen dazu heute in der Debatte: „Eines ist aber auch deutlich geworden: Ein Nordstaat ist nicht das zielführende Mittel.“

Für die CDU-Fraktion stehe eine "Parlamentarierkonferenz Nord" im Vordergrund, an der aus jedem norddeutschen Parlament ein Mitglied pro Fraktion teilnimmt. Diese solle sich projektbezogen um gemeinsame Lösungen bemühen. Das funktioniere nur, wenn ein regelmäßiger Austausch auf Ebene der Parlamente – wie von der Union vorgeschlagen – stattfinde.

Klar sei, dass ein - wie von der SPD beantragter – gemeinsamer Ausschuss mit Hamburg nicht den verfassungsgemäßen Regeln entspreche. Im Hinblick auf diesbezügliche SPD-Bemühungen der letzten Wochen machte Callsen deutlich, dass es sich ohnehin um ein reines Wahlkampfmanöver handle: „Bei der Diskussion um die „Husum Wind“ wurde deutlich, dass Hamburg die Interessen unseres Landes schlicht übergeht. Und die schleswig-holsteinische SPD applaudiert noch dazu. Auch das Scheitern der Länderklausel im CCS-Gesetz trägt die Handschrift der Nord-SPD, ganz konkret der Hamburger SPD, die sich der Länderklausel verweigert hat. Nein, diese Hamburger Alleingänge zu Lasten seiner Nachbarn lassen sich auch durch das Wahlkampfmanöver eines gemeinsamen Ausschusses nicht übertünchen“, so Callsen.

Callsen präsentierte klare und schnell umsetzbare Vorschläge, mit denen die Kooperation der norddeutschen Bundesländer verbessert werden könne. In einem „Grundlagenstaatsvertrag“ zwischen den norddeutschen Ländern sollten Rahmenbedingungen für künftige Kooperationen festgeschrieben werden. Über einen Prüfautomatismus bei Gesetzesvorhaben sollte mittelfristig eine Angleichung der Gesetze und Verordnungen in Norddeutschland erreicht werden. Um eine bessere Koordinierung der Landes- und Regionalplanung zu erreichen, forderte der CDU-Fraktionschef gemeinsame Rahmenbedingungen - zunächst mit Hamburg. In der Verkehrspolitik sprach er sich für eine Aktualisierung und Priorisierung der wichtigen Verkehrsprojekte im Norden (Ahrensburger Liste) aus. Damit solle ein gemeinsames Werben der norddeutschen Länder beim Bund zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen einhergehen. Speziell im Bereich des Netzausbaus sei im Hinblick auf die Energiewende eine Zusammenarbeit in Norddeutschland erforderlich. Die Metropolregion Hamburg solle gestärkt werden, auch andere Landesteile würden in vielfältiger Weise als Bindeglied zwischen Skandinavien und der Metropole Hamburg fungieren und davon profitieren.

„Das Wichtigste für eine gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit ist die Bereitschaft der Partner, auf Augenhöhe miteinander umzugehen – und das ohne Hintergedanken. Die CDU steht für eine Allianz für den Norden, auf Augenhöhe und in Partnerschaft“, so Callsen abschließend.

Den Bericht der Enquête-Kommission finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2200/drucksache-17-2230.pdf>



Johannes Callsen, MdL

Studentenzahlen kein Anlass zu Aktionismus

Mittel für Hochschulen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen

Bereits im vergangenen Jahr hatten die Oppositionsfraktionen vor einem massiven Anstieg bei den Studierendenzahlen gewarnt, und deshalb zusätzliche Mittel gefordert. Die CDU-geführte Landesregierung hatte sich dabei schon im Rahmen des Hochschulpaktes auf eine ausreichende Zahl eingestellt.

In dieser Landtagssitzung nahm die Grüne Fraktion Medienberichte über steigende Studentenzahlen zum Anlass, eine aktuelle Stunde zur finanziellen Situation der Hochschulen zu beantragen. Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Daniel Günther, stellte fest, dass die Landesmittel für die Hochschulen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren bereits deutlich gestiegen seien. Die Grundfinanzierung sei von 2009 bis 2012 um fünf Prozent erhöht worden. Im Jahr 2010 hätten die Hochschulen mit Unterstützung der

Landesregierung Drittmittel in Höhe von 235 Millionen Euro einwerben können. Dies seien fast doppelt so viel wie im Jahr 2005 (130 Millionen), dem letzten Jahr mit rot-grüner Regierung. „Für die Hochschulen ist unsere verlässliche Politik wichtig. Nicht hektischer Aktionismus wie von den Grünen propagiert ist hier angesagt, sondern eine solide Langfristplanung“, so Günther.

Im Unterschied zu anderen Bundesländern liege das nördlichste Bundesland bis 2015 bei der Prognose für Hochschulanfänger nahezu im Plan. Bis 2015 gebe es keinen Nachjustierungsbedarf. „Für die Zeit danach müssen wir mehr Schulabgänger mit Hochschulreife, mehr beruflich Qualifizierte an den Hochschulen und mehr ausländische Studierende finanzieren. Hier können sich die Hochschulen auf die CDU verlassen“, so Günther abschließend.



Daniel Günther, MdL

Bildungsdebatte zu Gastschulabkommen und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft Opposition beweist mit Vorschlägen Kurzsichtigkeit

Mit gleich zwei Anträgen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Bildungspolitik beschäftigte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag am heutigen Tag. Im ersten ging es um das Gastschulabkommen. Bis zur Neuregelung in dieser Legislaturperiode fand der Schulkostenausgleich dabei zwischen den Ländern statt. Die Kommunen, deren Kinder in Hamburg zur Schule gingen, mussten damals keine Schulkostenbeiträge zahlen.

„Im Rahmen der Gleichbehandlung aller Kommunen war es daher logisch, das Schulgesetz an dieser Stelle zu ändern und auch die betreffenden Gemeinden an den entstehenden Schulkostenbeiträgen für in Hamburg zur Schule gehende Kinder zu beteiligen“, erklärte CDU-Bildungsexpertin Franzen. Bei der Neuregelung seien die Schülerinnen und Schüler, die in Hamburg wohnen und in Schleswig-Holstein zur Schule gehen, allerdings in den Berechnungen nicht berücksichtigt worden. Der Anteil der Gemeinden an den Schulkosten entspreche allerdings nicht dem Vollkostenausgleich, wie er in Schleswig-Holstein vorgesehen ist, da das Land eine Pauschale an Hamburg entrichtet. Die CDU-Fraktion spreche sich dafür aus, mit den betroffenen Gemeinden über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden und dem Land zu reden und zu einem Ausgleich zu kommen, der die Gemeinden und das Land gleichermaßen nicht übermäßig belastet.

Mit einem Vorschlag des SPD-Abgeordneten Martin Habersaat ging Franzen hart ins Gericht. Bei dem von ihm geforderten Vollkostenausgleich müssten die Gemeinden mit mindestens doppelt so hohen Schulkostenbeiträgen rechnen, als das jetzt der Fall ist. „Da kann ich dann

noch so sehr die Hamburger Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein dagegen rechnen, es wird in jedem Fall erheblich teurer für die Gemeinden“, so Franzen.

Im Hinblick auf den zweiten Antrag, einen Änderungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Finanzierung der Schulen in Freier Trägerschaft machte Franzen deutlich, dass dieser geschätzte Mehrbedarf von 31,5 Mio. € zu Lasten des Landeshaushaltes auslösen würde.

Darüber hinaus käme es bei dem grünen Entwurf zu erheblichen Verwerfungen unter den Schulen in freier Trägerschaft. „Profitieren würden von Ihrem Entwurf insbesondere die beiden großen Waldorfschulen und Schulen, die Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischem Förderschwerpunkt „Lernen“ beschulen. Demgegenüber würden die berufsbildenden Ersatzschulen je nach Schulart und Fachrichtung mit einer deutlichen Reduktion der Schülerkostensätze rechnen müssen.

“Ich frage Sie ganz ernsthaft: Wollen Sie das wirklich, 31,5 Mio. € mehr ausgeben, die zu einer Unwucht in der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft führen?“, begründete Franzen die Ablehnung des Antrags.



Heike Franzen, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de